



Schliersee, 01.02.2021

Frau

Julia Klöckner

Bundesministerium für

Ernährung und Landwirtschaft

Wilhelmstraße 54

10117 Berlin

Offener Brief zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und zur Zukunft der Landwirtschaft

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Klöckner,

unser Aktionsbündnis Zivilcourage Miesbach www.zivilcourage-miesbach.de setzt sich seit 2007 für das Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft ein.

Wir sind über Entwicklungen in der Landwirtschaft wie den anhaltenden Strukturwandel alarmiert und möchten daher mit diesem **Offenen Brief** an Sie die dramatische Entwicklung skizzieren, Lösungsansätze aufzeigen und den Dialog mit den Verantwortlichen in der Agrarpolitik suchen.

Wir haben als Aktionsbündnis seit vielen Jahren an der Großveranstaltung in Berlin unter dem Motto „Wir haben es satt“ teilgenommen.

Kürzlich sagten Sie anlässlich dieser Demonstration, dass die teilnehmenden Gruppen immer wieder dieselben Forderungen aufstellen und die positiven Effekte verschweigen würden.

Leider müssen immer wieder die gleichen Themen angesprochen werden, weil sich bisher kaum etwas in Richtung nachhaltige Landwirtschaft bewegt.

Ein Schlüssel für mehr Nachhaltigkeit liegt in der Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die damit verbundenen Geldzahlungen.

Bereits im Sommer 2018 haben wir in einem Positionspapier für eine nachhaltige Landwirtschaft ein gerechteres EU-Fördersystem für landwirtschaftliche Betriebe gefordert.

Derzeit laufen Verhandlungen zwischen Kommission, EP und Rat (Trilog) über die GAP für die nächste Förderperiode.

Aus unserer Sicht genügt der jetzige Kompromiss nicht den Zielen einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und auch nicht dem Green Deal der EU-Kommission. Er stellt noch keinen Richtungswechsel dar, wie von vielen Agrarpolitikern behauptet wird.

Die Position des EU-Agrarministerrats blieb unter Ihrem Vorsitz während der deutschen Ratspräsidentschaft sogar hinter den Vorschlägen des EP zurück.

Und bei der Sitzung am 25.1.2021, erstmals unter portugiesischer Ratspräsidentschaft, haben Sie diese Position mit dem Argument der Rechtssicherheit bekräftigt. Rechtssicherheit für wen? Doch nicht für den kleinen bäuerlichen Familienbetrieb, der befürchten muss, zwischen den Interessen von Industrie und Großbetrieben zerrieben zu werden.

Die nationalen Strategiepläne sind für die Mitgliedstaaten sicherlich wichtige Instrumente. Bevor diese aber aufgestellt werden, müssen die Vorschläge der Kommission für die GAP-Reform nochmals grundlegend geändert werden.

Eine echte Reform der GAP muss unseres Erachtens unbedingt folgende Punkte berücksichtigen:

Erhalt und Stärkung nachhaltig wirtschaftender bäuerlicher Betriebe,

Schutz von Klima und weiteren Lebensgrundlagen,

Schutz der Artenvielfalt,

Tierwohl und Preisgerechtigkeit.

- **Erhalt und Stärkung nachhaltig wirtschaftender bäuerlicher Betriebe**
Für uns ist es erschreckend, mitanzusehen zu müssen, wie der Strukturwandel in der Landwirtschaft voranschreitet, ohne dass seitens der Agrarpolitik entscheidende Schritte dagegen unternommen werden. Jährlich nimmt die Zahl der Bauernhöfe in Deutschland um etwa 3.000 ab, in Europa sind es jährlich 400.000. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Es fehlt bereits an einem überzeugenden Leitbild, an dem sich Förderung und andere Maßnahmen ausrichten sollten. Wo sind überzeugende Konzepte für den nachhaltig wirtschaftenden, bäuerlichen Familienbetrieb? Mit Anreizen für junge, gut ausgebildete Landwirte, für die Unterstützung von Nebenerwerbsbetrieben, Entlastung von Bürokratie und die deutliche Honorierung eigener Arbeitskraft, für eigene Futtergrundlage und nachhaltige Wirtschaftsweise als entscheidende Kriterien?

- **Klimaschutz und Schutz weiterer Lebensgrundlagen**

Zwischen 10 – 12 % der europaweiten Treibhausgasemissionen stammen aus der Landwirtschaft. Der von Frau Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen groß propagierte „Green Deal“ spiegelt sich in den bisherigen Ergebnissen zur GAP viel zu wenig wieder. Darauf haben bereits zahlreiche Vertreter des ökologischen Landbaus und Organisationen für den Klimaschutz hingewiesen. Auch Ihre Kabinettskollegin und Bundesumweltministerin Svenja Schulze kritisiert dies und ihr Haus hat weitreichende Verbesserungsvorschläge gemacht. Neben dem Klima sind auch Boden- und Gewässerschutz viel stärker in den Förderzielen der GAP zu berücksichtigen. Nicht nur 30%, sondern 100% der Direktzahlungen müssen deshalb leistungsbezogen ausgestaltet werden.

- **Artenvielfalt**

Die Abnahme der Artenvielfalt hat sich im vergangenen Jahrzehnt fortgesetzt. In Deutschland gibt es nur noch etwa 50 % der Feldvögel im Vergleich zu den 1990er Jahren. Wesentlich dazu beigetragen hat die immer stärker industrialisierte Landwirtschaft mit Monokulturen und hohem Pestizideinsatz. Angesichts eines Verlusts der Artenvielfalt hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beim Klimagipfel "One Planet Summit" am 11.01.2021 vor dem Risiko neuer Pandemien gewarnt. Dieser Erkenntnis müssen Taten folgen, der Text der GAP-Verordnung muss neu aufgesetzt und beraten werden, sonst verlieren Kommission und Rat ihre Glaubwürdigkeit.

- **Tierwohl**

Trotz zahlreicher Versuche, Haltungsbedingungen zu verbessern, sind die Ergebnisse eher bescheiden. Zwar können Kennzeichnungen und Anreize punktuell die Situation verbessern, aber die Situation von Tieren in Ställen, beim Transport und bei der Schlachtung ist nicht nur tier-, sondern auch menschenunwürdig. Wir plädieren allerdings dafür, bei der traditionellen Viehhaltung zu differenzieren. Kleineren, flächengebunden wirtschaftenden, herkömmlichen Betrieben sollte weiterhin eine Kombination aus Anbindehaltung und Weidegang gestattet, und wo dies nicht möglich ist, der vorgeschriebene Auslauf wie bei Öko-Betrieben ermöglicht werden. Artgerechte Haltung muss ein Qualitätsmerkmal unserer Zivilisation werden und zwar nicht in Zeiträumen von Jahrzehnten, sondern innerhalb einer Legislaturperiode. Die Corona-Krise zeigt, wie schnell Regierungen und Gesetzgeber handeln können.

- **Preisgerechtigkeit**

Viele in Politik und Handel sprechen davon, dass landwirtschaftliche Betriebe von ihren Erzeugnissen leben können müssen. In der Realität ist dies ein

frommer Wunschtraum. Vor dem jüngsten Preisverfall bei Milch hatte der Handel versprochen, auf die Bauern zugehen zu wollen, doch offenbar ohne Effekt. Auch wenn man nicht mehr zum früheren Quotensystem zurück möchte, gibt es doch mit der Gemeinsamen Marktordnung ein Ordnungsinstrument zur Korrektur von Fehlentwicklungen.

Eine echte GAP-Reform muss auch weit über Geldzahlungen hinausgehen. Es gilt, endlich Entwicklungen zu stoppen, die dem globalen Klimaschutz schaden, kleinbäuerliche Strukturen in Entwicklungsländern zerstören und ökologische und gesundheitliche Schäden für Mensch und Umwelt in Erzeugerländern verursachen. Die übermäßige Exportorientierung der europäischen Agrarpolitik und die Einfuhr nicht nachhaltig erzeugter Futtermittel sind nur zwei der wichtigsten Ursachen für Probleme im Binnenmarkt.

Gerade die Corona-Krise zeigt die Bedeutung der heimischen Produktion von Lebens- und Futtermitteln für den heimischen Bedarf.

Wo bleibt hier eine ernsthafte Diskussion darüber und die Aufnahme entsprechender Bedingungen in Handelsverträge, wie z.B. beim geplanten Mercosur-Abkommen?

Im Übrigen haben wir den Eindruck, dass auch in Deutschland ein wichtiges Instrument bisher kategorisch ausgeklammert wurde, das viele Probleme lösen könnte: eine **echte, gesetzlich verankerte Flächenbindung**. Probleme wie Überproduktion und zu hohe Tierbestände könnten gelöst werden. Es würde auch verhindern, dass ein bayerisches Landratsamt, wie kürzlich geschehen, einen Geflügelmastbetrieb mit 125.000 Mastplätzen (ursprünglich 145.000) genehmigt. Bitte erklären Sie uns, warum das bisher nicht angepackt wurde?

Aus unserer Sicht, geht es dabei nicht nur um die Größe solcher Tierfabriken, sondern um eine Fehlentwicklung in Tier- und Pflanzenzucht und beim Maschinen- und Technikeinsatz.

Wenn Sie den Einsatz von 5G-Mobilfunk „auf jedem Acker“ propagieren, stimmen Sie in eine Propagandakampagne ein und ignorieren nachweislich vorhandene Risiken, vor denen viele Wissenschaftler, Umweltmediziner und Therapeuten zu Recht warnen.

Bitte erklären Sie den vielen von der Agrarpolitik enttäuschten Menschen, warum gerade bei den existenziell wichtigen Themen Landwirtschaft, Ernährung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Warnungen und Empfehlungen vieler namhafter, international aufgestellter Wissenschaftler kaum gehört werden z.B. von

Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften,

Prof. Friedhelm Traube - Wissenschaftlicher Beirat für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz,

Prof. Alois Heißenhuber - TUM Weihenstephan.

Dabei bemüht sich gerade in dieser Krise die amtliche Regierungspolitik den Eindruck zu erwecken, wie stark sie doch auf die Wissenschaft hört.

Und was ist eigentlich mit der mit viel Vorschusslorbeeren im Juli 2019 gestarteten Zukunftskommission Landwirtschaft? Sind da überhaupt - und wenn ja, welche - Vorschläge in die GAP-Verhandlungen eingeflossen?

Abschließend kommen wir nochmals auf den von uns gepflegten Dialog zurück.

Wir laden Sie gerne in den teilweise noch landwirtschaftlich geprägten Landkreis Miesbach ein, um sich über Aktivitäten und Probleme der hiesigen Landwirtschaft ein eigenes Bild zu machen.

Im August 2020 haben wir den sog. Miesbacher Weg gestartet, bei dem nachhaltig wirtschaftende Betriebe ihre Wirtschaftsweise vorstellen und ihren Erwartungen an Politik und Gesellschaft Ausdruck verleihen.

Mit freundlichen Grüßen

Anneliese Blümel

Rüdiger Obermaier

Werner Schmid